

Die Zimmeiße

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zimmeiße“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich.
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahmsstr. 2-3.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Jahresstempel zum Ganzes und monatlich Du selber sein Ganzes werden
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an •••••

Inserate: Die 6spalt. Zeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Die Wirtschaftslage des Deutschen Reiches.

Im vergangenen Monat stand die deutsche Wirtschaft im Zeichen der Neuorganisation. Der in den früheren Monaten begonnene Währungsabbau geht zwar noch weiter. Die Liquidierung des Stinneskonzerns geht, nachdem die hauptsächlichsten Werte bereits abgestoßen wurden, nur langsam vorwärts. Im August hat man mit dem Abbau des Stinneskonzerns begonnen, leider erst zu spät, nachdem die Kreditlinien des Betriebsvermögens zum guten Teil aufgetrieben waren. Auch in der Textilindustrie kamen beachtenswerte Abbaumaßnahmen vor. Firmen, die sich während der Inflationszeit vom Handel aus industrielle Betriebe angegliedert hatten, sind nun genötigt, diese wieder abzubauen und sich auf den Handel zurückzuziehen. (Gebrüder Simon-Vereinigte Textilwerke usw.) Gleichzeitig beginnt aber ein neuer Prozeß der Vertiefung im größten Stil. Vorbereitungen werden getroffen, um Interessengemeinschaften, die bereits jetzt eng miteinander verbunden sind, vollständig zu verschmelzen. Die größte darunter soll die Fusion innerhalb der Interessengemeinschaft der chemischen Industrie unter der Leitung der Badischen Anilin- und Sulfonwerke sein. In der Automobilindustrie, in der Maschinenindustrie stehen gleichfalls Umgestaltungen von Interessengemeinschaften in vereinigte Großunternehmen bevor. In der Erdölindustrie erfolgte vor kurzem die Konzentration der beiden führenden Gesellschaften, der Deutschen Erdöl- u. (D. u.) und der Deutschen Petroleum A.-G. In der Elektrizitätsindustrie wird der Konzentrationsprozeß unter Beteiligung Preussens gefördert. Bekanntlich wurden die im Stinnesbesitz befindlichen Aktien der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke vom Staat Preussen aufgekauft. Jetzt soll die Aktienmehrheit der Braunschweigischen Kohlenbergwerke, die sich im Besitz der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-A.-G. (Rhein-Elbe-Union) befindet, an die Elektrizitätswerke A.-G., die ganz im Reichsbesitz sind, und an das oben erwähnte Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk verkauft werden. Die Elektrizitätswerke des Siemenskonzerns in Hamburg wurden ebenfalls in den Besitz des preussischen Staates übergeführt. Neue Konzernbildungen entstanden in der letzten Zeit in der keramischen und Kachelindustrie. In der oberhessischen Montanindustrie kam es zu einem bedeutenden Zusammenschluß einer Anzahl von Großkonzernen, der Thysen, Thyssen, Krupp, Rheinisch-Westfälische Eisen- und Stahlwerke, die sich im Besitz der Rheinisch-Westfälischen Eisen- und Stahlwerke befinden. Diese Zusammenschlüsse werden jedoch in ihrer Bedeutung übertroffen durch den Plan zur Schaffung eines riesigen Montantrusts in der rheinisch-westfälischen Industrie. Es handelt sich um den Zusammenschluß einer Anzahl von Großkonzernen, der Thysen, Thyssen, Krupp, Rheinisch-Westfälische Eisen- und Stahlwerke, die sich im Besitz der Rheinisch-Westfälischen Eisen- und Stahlwerke befinden. Diese Zusammenschlüsse werden jedoch in ihrer Bedeutung übertroffen durch den Plan zur Schaffung eines riesigen Montantrusts in der rheinisch-westfälischen Industrie. Es handelt sich um den Zusammenschluß einer Anzahl von Großkonzernen, der Thysen, Thyssen, Krupp, Rheinisch-Westfälische Eisen- und Stahlwerke, die sich im Besitz der Rheinisch-Westfälischen Eisen- und Stahlwerke befinden.

Von dem Preisabbau ist bisher noch kaum etwas zu verspüren. Was die zugelegte Aktion gegen die Kartellmissbräuche anbelangt, so ist die Regierung bisher nur gegen die sogenannte Valutaklausel, welche viele Kartelle in die Zahlungsbestimmungen aufnehmen, vorgegangen. Inzwischen kommt die Valutaklausel, so unerwünscht sie auch aus Währungsgründen ist, weil sie zur Erschütterung des Vertrauens in die Währung führen kann, für eine Preisabsenkung gar nicht in Frage, indem sie keinen Teil an der Forderung hat. Die wirklich vorhandenen Kartellmissbräuche wurden dagegen bisher noch gar nicht angerührt. Die Ermäßigung der Umsatzsteuer wird erst Anfang Oktober eintreten. Ihre Wirkung ist zurzeit noch unbestimmt. Als Folge der Preisabsenkung sind bisher nur die Zinssätze der öffentlichen Kreditanstalten (Reichskreditbank, Reichsbank usw.) ermäßigt worden, auf 7 1/2 Proz. für langfristige Kredite der Post auf 8 Proz. Die öffentlichen Gelder spielen bei der gegenwärtigen Kapitalverknappung eine sehr große Rolle. Sie werden auf 1 1/2 bis 1 3/4 Milliarden Mark geschätzt, ein unter den gegenwärtigen Geldverhältnissen sehr ansehnlicher Betrag. Es ist aber höchst zweifelhaft, ob eine Spende aus diesen Krediten erwünschte Verbilligung der Kreditlinien den Preisabbau herbeiführen kann. Die Meinung der Sachverständigen geht dahin, daß von einer Verbilligung der Zinssätze eher eine Erhöhung der Preise zu erwarten ist. Die Regierung hat die Einführung einer neuen 1. Oktober auf dem Verordnungsweg eingeführt. Die Einführung, welche bei der Ausfuhr von Getreide und Mehl geachtet werden und zur Verbilligung des Getreides bei der Einfuhr von Getreide aller Art verwendet werden können, sollen den Landwirten den vollen Zollaufschlag sichern und müssen deshalb zur Verbilligung der Lebensmittel erheblich beitragen. Es sollten erst zum 1. Januar eingeführt werden: die Regierung gab jedoch dem Drängen der Landwirte nach und hat sie bereits zum 1. Oktober bewilligt. Einstweilen sind die Getreidepreise noch nicht gestiegen, was auf die Konkurrenz des polnischen und russischen Getreides wie auch auf die geringe Konsumkraft der Bevölkerung und den Geldmangel der Getreidehändler, die sich keine großen Vorräte anschaffen können, zurückzuführen ist.

Die Landwirtschaft erhielt durch die Rentenbank einen amerikanischen Kredit von 25 Millionen Dollar. Die Bedingungen sind sehr drückend. Ein Teil der Anleihe wird halb zur Verfügung stehen und vorerst kurzfristig in die Wirtschaft fließen. Sie soll die Anspannung des Geldmarktes im Herbst, wo der Getreidehandel zur Abwicklung der Ernte großer Geldmittel bedarf, erheblich erleichtern. Sonst besteht auf dem Kapitalmarkt die Kapitalknappheit weiter. Das Entstehen der Kreditengpässe seitens der Reichsbank wird, wie der Reichsbankpräsident vor kurzem erklärte, weiter bestehen bleiben, teils aus Rücksicht auf die Stabilität der Währung, teils aber deshalb, um einen Druck auf die Preise auszuüben. Für kurzfristige (Tag-) Gelder war eine Mäßigkeit vorhanden, auch wurden die Sätze des Privatdiskonts etwas ermäßigt.

Die allgemeine Preisentwicklung zeigt eine Aufwärtsbewegung sowohl für die Großhandelspreise wie für die Lebenshaltungskosten. Die Großhandelsindexzahl stieg vom 7. August bis 2. September um 1,2 Proz. von 127,2 auf 127,5. Die Lebenshaltungskosten stellten sich im Durchschnitt August auf 145, 1,2 Proz. höher als im Vormonat. Bei der Ernährung haben die saisonmäßigen Preisrückgänge für Kartoffeln und Gemüse die Preissteigerung für Fleisch und Milch wettgemacht.

Was die Konjunkturentwicklung anbelangt, so weist die Rohstoffförderung seit Monaten zum ersten Male eine geringe Steigerung auf. Die arbeitstächtige Förderung im Ruhrgebiet war etwas höher, als in den vergangenen Monaten. In einzelnen Sorten, wie Anthrazitkohle, ist sogar ein Mangel vorhanden; auch fehlen infolge der umfangreichen Zechenstilllegungen andere, früher marktgängige Sorten. Die Lage der Eisen- und Stahlindustrie ist weiter ungünstig. Auch zeigten das Baugewerbe und die Holzindustrie eine Verschlechterung des Beschäftigungsgrades. Gut war der Geschäftsgang der chemischen Industrie, der Elektrizitäts- und Kabelindustrie, der Zellstoff- und der Glasindustrie, sowie in den meisten Zweigen der Textilindustrie, vor allem der Baumwollindustrie. Der Absatz von Kall erreichte neue Rekordfiguren. Im ganzen ist jedoch eine Verschlechterung der Konjunktur zu beobachten, was sich auch in der vermehrten Zahl der Arbeitslosen äußert. Die Landwirtschaft hat dagegen günstigere Zeiten infolge der guten Ernte. Allein in Preußen war die Getreideernte um 29 Proz. höher als im vergangenen Jahre. Auch wurde die Anbaufläche in diesem Jahr erheblich gesteigert, weshalb sich die Marktpreise der Landwirte im Gegensatz zu anderen Schichten wesentlich erhöhen wird.

nehmer maßlos dastehen, vorausgesetzt, daß es sich auch wirklich so verhielte. Aber da der Minister die Einschränkung allgemein selbst macht, darf man wohl mit Recht der Meinung sein, das Ministerium hat sich vielleicht, mehr als wir ahnen, gegen Lohn-erhöhungen ausgesprochen. Doch weiter: Das Ministerium habe jede wirtschaftlich tragbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen begünstigt und sich im Rahmen des Möglichen für den Schutz der wirtschaftlich Schwächeren eingesetzt. Auch in den letzten beiden Monaten haben nach einer vom Minister beigesetzten Heberficht Schiedssprüche oder Einigungen im Reichsarbeitsministerium fast durchweg Lohnsteigerungen, und zwar zwischen 2 bis 10 Prozent, erbracht.

Sie kann sofort die Frage aufgeworfen werden: Was liegt im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen? Wer bestimmt die wirtschaftlich tragbare Verbesserung? Bei allen Lohnverhandlungen spielen die Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern um die Frage der wirtschaftlichen Tragbarkeit der Forderungen eine große Rolle. Selten kommen die beiden Parteien hierin überein, im Gegenteil glauben die Arbeitnehmervertreter fast immer, daß die Wirtschaftslage der betreffenden Industriebranche die Lohnforderungen der Gewerkschaften zu tragen vermag. Entsprechende Vorgelege werden in der Regel von den Unternehmern nicht anerkannt. Will etwa das Ministerium hier von sich aus bestimmen, was wirtschaftlich tragbar ist oder nicht? Genau so steht es mit dem Schutz der Schwächeren im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen. Unternehmern und Gewerkschaften stimmen auch hier fast nie überein, wie weit gesteckt der Rahmen des wirtschaftlich Möglichen sein kann. Wie also sieht das Ministerium diesen Rahmen? Nach der Vergangenheit zu urteilen, muß man leider sagen, daß der Rahmen des wirtschaftlich Möglichen, wie ihn das Reichsarbeitsministerium sieht, äußerst knapp bemessen ist.

In der Frage der Verbindlichkeitsverpflichtungen habe sich die Stellung des Ministeriums nicht geändert. So wünschenswert fortwährende Selbstverantwortung und freie Verständigung der Parteien sei, so könne, zumal die Parteien selbst wirksame Tarifinstanzen leider nicht geschaffen hätten, eine Gesetzesänderung in der Richtung einer Preisgabe der Verbindlichkeitsverpflichtungen nicht erfolgen. Wenn das Arbeitsministerium zu diesen Worten steht, dann könnte sich die Arbeiterschaft damit zufrieden geben. Vorangelegt natürlich, daß wirklich begründete Verbindlichkeitsverpflichtungen auch ausgesprochen werden. Gegen die Verbindlichkeitsverpflichtungen, soweit sie auf Antrag der Gewerkschaften vorgenommen werden, rennen die Unternehmer besonders an. Es wäre zu hoffen, daß das Ministerium hier etwas mehr Flexibilität zeigen würde. Die Schlichterbesprechungen hält das Ministerium nach wie vor für notwendig, bindende Anweisungen in lohnpolitischen Fragen seien jedoch niemals gegeben worden.

Vesüglich des Fragenkomplexes der Arbeitszeitbegrenzung äußert sich der Minister ausführlich. Das Ergebnis ist auch hier ein sehr mageres. In Bern sei zwischen den Arbeitsministern von Frankreich, Belgien und Deutschland die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens nicht vereinbart worden. Man habe damals nur gemeinhin den Eindruck festgestellt, daß es möglich sein würde, zu einer Ratifizierung zu gelangen. Tatsächlich habe nur Frankreich ratifiziert, aber unter der Bedingung, daß auch Deutschland ratifiziere, wobei man in Frankreich gut wisse, daß Deutschland ohne England und Belgien nicht ratifizieren kann. Der Minister legt hiernach auseinander, daß er versucht habe, in Deutschland zu einer Regelung zu kommen. Ferner wird auf die Verordnung über die Arbeitszeit an Hochschulen und in Kaserne verwiesen, wo die Arbeitszeit in der Arbeiterschaft günstigem Sinne geregelt sei. Das geplante Arbeitszeitgesetz soll zu einem vollständigen Arbeitsschutz führen, es sei ausgearbeitet worden, daß mit dem Wirt der jetzt in Gewerbeordnung, Ausführungsverordnungen, Sondernormen, Demobilisationsverordnungen und Arbeitszeitverordnung zersplitterten Bestimmungen einen Tadel mache und eine einheitliche Regelung des gesamten Arbeiterrechtes einschließlich der Arbeitszeit bringe. Die Arbeiten seien mit äußerster Nachdruck gefördert. So behauptet der Minister. Diese Erklärung steht gewiß etwas anders aus, als das, was in der letzten Sitzung steht. Dennoch kann man dem Ministerium kein Lob ob der geleisteten Arbeit aussprechen. Doch warten wir hier einmal ab, inwieweit sich die Voraussetzungen erfüllen, daß das Arbeitszeitgesetz mit äußerster Beschleunigung zu Ende geführt werden soll.

Der Minister versichert zum Schluß, daß sich das Arbeitsministerium in all seinen Teilen auch heute noch mit der inneren Überzeugung und mit der gleichen Unparteilichkeit für den sozialen Fortschritt einsetze, wie es das seit jeher getan habe.

Soweit in großen Umrissen das Verteidigungsschreiben des Reichsarbeitsministers. Wenn man auch annehmen kann, daß der Unternehmerrundfunk Dr. Meißner seine Äußerungen nach seiner Richtung etwas gefärbt hat, so ist doch aber nicht anzunehmen, daß er sich alles aus den Fingern sog. Und wenn man die hahnbüchernen Behauptungen und Versprechungen Dr. Sighers, wie sie in der Äußerung gegeben wurden, vergleicht mit dem, was der Arbeitsminister zur Verteidigung vorbringt, dann kann man keineswegs von einer Versöhnung sprechen. Doch der Reichsarbeitsminister hat gesprochen, er hat den unangenehmen Eindruck der Äußerung zu vermissen gesucht. Nehmen wir die Erklärung mit der gebührenden Reserve zur Kenntnis und warten wir ab, was nunmehr folgt. Erst dann wird man ermessen können, was von diesem Arbeitsministerium zu erwarten ist.

Beschlüsse des 12. deutschen Gewerkschaftsfongresses.

a) Entschließung zur Wirtschaftslage und zur Wirtschafts-demokratie.

Unsere Generalversammlung in Magdeburg trat nach dem Bericht über den Gewerkschaftsfongress rückhaltlos dessen Beschlüssen bei. Damit auch alle Mitglieder darüber unterrichtet sind, nach welcher Richtung die Beschlüsse lauten, bringen wir die Entschließung zur Wirtschaftslage und zur Wirtschafts-demokratie, die Entschließung zur Frage der Berufskammern und be-

Der Reichsarbeitsminister versucht sich zu rechtfertigen.

Die Äußerung des Herrn Meißner hat das Reichsarbeitsministerium in den Mittelpunkt gerückt. Die Arbeiterpresse hat sich ziemlich eingehend mit den Verhandlungen beschäftigt, die zwischen Herrn Dr. Sigher und Herrn Meißner geführt wurden. Das schon in den letzten Monaten außerordentlich gehäuft Mißtrauen gegen das Ministerium des Herrn Dr. Brauns hat sich auf Seiten der Arbeiter, Angestellten und Beamten nur zu sehr bestätigt. Es wesentlich verstärkt. Mit vollem Recht mußte sich dagegen gewandt werden, daß dem Vertreter der Unternehmerorganisation Versprechungen gemacht wurden, die, gerade gesagt, auf keine Kuhhaut gingen. Man mußte deshalb gespannt sein, was der Reichsarbeitsminister selbst auf die öffentlichen Anklagen gegen sein Ministerium öffentlich zu erwidern hatte. Eine umfangreiche Antwort, man könnte auch sagen Rechtfertigungsschrift, liegt nunmehr vor.

Die Antwort ist, wenn man die ungeheuerlichen Behauptungen Meißners in Betracht zieht, mehr als mäßig. Sie erwähnt die Äußerung mit keinem Wort, weil hierzu Dr. Sigher

sich noch besonders äußern soll. Uns interessiert vor allem die Stellung des Ministers, weil er die Verantwortung für sein Ministerium in vollem Umfang zu tragen hat.

Zur Lohnpolitik führt der Minister aus, daß es Sache der Gewerkschaften und Unternehmer sei, sich zu einigen, das Ministerium greife nur ein, wo eine Verständigung nicht gelinge oder eine Partei zu schwach sei, um die notwendige Gestaltung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Hier ist zunächst zu betonen, daß die Gewerkschaften mit Recht für sich in Anspruch nehmen, im Wirtschaftskampf der schwächeren Teil zu sein, so namentlich nach jener furchtbaren Inflation, die die Gewerkschaften ohne ihre Schuld fast zu Boden drückte. Leider muß hier betont werden, daß man in der vergangenen Zeit wenig davon gemerkt hat, vom Reichsarbeitsministerium eine fühlbare Hilfe erhalten zu haben. Vielmehr setzte sich bei den Arbeitern mit Recht der Gedanke fest, daß die staatliche Hilfe dem stärkeren Teil, den Unternehmern zuteil wurde.

Der Minister erklärt ferner, daß das Ministerium sich niemals allgemein gegen Lohnsteigerungen ausgesprochen habe. Wenn in dieser Erklärung das Wortchen „allgemein“ nicht vorhanden wäre, dann könnte das Ministerium in den Augen der Arbeit-

Reichswirtschaftsrates seine den Antrag betreffend Währungs-
bewegung zum Ausdruck und zur allgemeinen Beachtung. Sie
sind Richtlinien für die Tätigkeit der Gewerkschaftsmitglieder.

1.

Die privatkapitalistische Entwicklung der Weltwirtschaft hat
seit Beginn des Weltkrieges gewaltige Fortschritte gemacht.
In den alten Industrieländern ist der Zusammenstoß großer
Wirtschaftskräfte zu mächtigen Konzerngebilden vorge-
schritten. In anderen Ländern sind ganze Industrien neu entstanden
mit dem Ziel, die Wirtschaft des eigenen Landes möglichst un-
abhängig zu machen von den Wechselkursen der Weltwirtschaft.
Selbst jene Staaten Europas und der überseeischen Erdteile, die
vor dem Kriege fast reine Agrarwirtschaft trieben oder noch im
Anfangsstadium ihrer industriellen Entwicklung standen, haben
während und nach dem Kriege einen bedeutenden industriellen
Aufschwung genommen. Vervollständigt wurde dieser Entwicklungs-
gang durch die Errungenschaften der technischen Wissenschaft und
die Anwendung der wissenschaftlichen Betriebslehre. In einer
Anzahl Industriezweige der Weltwirtschaft wird jetzt das Ziel-
schaffen der Vorkriegszeit erreicht. Infolge dieser Entwicklung haben
sich auf den Absatzmärkten der Welt tiefgreifende Veränderungen
vollzogen, die dem Weltmarkt schwierige Aufgaben stellen und
neue Bahnen weisen.

Vorher mit dieser Entwicklung schreitet infolge der schuf-
förmlichen Wirtschaftspolitik der herrschenden Klassen in allen
Ländern eine mehr oder weniger starke Vertiefung des Un-
wandens für die Lebenshaltung und dadurch eine Verringerung
der Kaufkraft der großen befristeten Verbraucherkräften. Mit
dem Sinken der Kaufkraft des größten Volksteils entschwindet
aber die Kaufkraftfähigkeit des eigenen Inlandmarktes. So
geraten Gütererzeugung und Güterausfuhr der Welt durch
Verschiebungen und Abregelungen der einstigen Absatzgebiete
und ferner infolge des Niederganges der Inlandmärkte in
Störungen; Wirtschaftskrisen werden Dauerzustand, Arbeits-
losigkeit, Not und Elend der werktätigen Bevölkerung sind die
Folgen.

Obwohl diese Entwicklung nicht in allen Ländern den gleichen
Wirkungsgrad aufweist, ist doch die große allgemeine Linie
überall dieselbe. Die Weltwirtschaftslage spint sich zu. Das
privatkapitalistische Arbeits- und Wirtschaftsleben befindet sich
in einer unheilbaren, aus seinem inneren Widerspruch ent-
standenen Situation. Es beschleunigt das Tempo seiner ge-
schichtsnotwendigen Umgestaltung im Sinne der Gemeinwirtschaft,
der handelspolitischen Freiheit und der internationalen
Möglichkeit und Arbeitsverteilung.

Das deutsche Unternehmertum steht der gekennzeichneten
weltwirtschaftlichen Entwicklung mit ihren völlig veränderten
Weltmarktverhältnissen gänzlich ratlos gegenüber. Die große
Mehrheit der Unternehmer hat in den Jahren des Währungs-
verfalls, da deutsche Erzeugnisse mühselos in der Welt Absatz
finden, die technische Vervollkommenheit ihrer Werte und den
Aufbau der Betriebsorganisation schwer vernachlässigt. Infolge-
dessen ist das Problem der Rationalisierung der Arbeit, auf
dem die Erfolge der anderen Länder, besonders Amerikas be-
ruhen, in Deutschland und seiner Wirtschaft ungelöst geblieben.
Folgerichtig, daß die immer noch fortbestehende starke Über-
legung des Zwischenhandels große Teile des Produktionsertrages
aufzehrt und die Warenpreise noch mehr verteuert. Deshalb
begegnen deutsche Waren auf dem Weltmarkt wie im eigenen
Land der fegenden ausländischen Konkurrenz.

In dieser Lage sucht das Unternehmertum durch Schutzölle,
Kartelle und Kongerne für sich auf dem Inlandmarkt eine Mo-
nopolstellung zu schaffen, um die deutschen Preise über die Welt-
marktpreise hinauszubringen zu können. Andererseits strebt es
zur Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Welt-
markt danach, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Ange-
stellten auf einen im Vergleich mit den Auslandsöhnen unerhöht
niedrigen Stand festzusetzen.

Der 12. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands wendet
sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Bestrebungen, die einen
hohen Mangel an Einsicht und Verantwortungsgefühl bei den
Unternehmern beweisen. Nicht niedrige Löhne und lange Ar-
beitszeit in Verbindung mit technischer Rückständigkeit, sondern
hohe Löhne, kurze Arbeitszeit, rationelle Produktionsmethoden
und Organisation der Wirtschaft geben Gewähr für den wirt-
schaftlichen Aufstieg und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands
auf dem Weltmarkt. Alle Versuche, den deutschen Markt von
der Auslandskonkurrenz abzuschließen und die Löhne der deut-
schen Arbeiter auf ihren gegenwärtigen niedrigen Stand zu
senken, sind durch entsprechende Gegenmaßnahmen zu bekämpfen.

11.

Die Erfüllung der Aufgaben, die den deutschen Erwerbs-
wirtschaften aus der gegenwärtigen Wirtschaftslage erwachsen,
erfordert der Kongreß die tätige Mitwirkung der Arbeiter und
ihrer Gewerkschaften für unerlässlich. Nur durch die Demokra-
tisierung der Wirtschaft neben umfassender Rationalisierung der

Arbeit durch betriebsorganisatorische und technische Maßnahmen
kann die Lösung der wirtschaftlichen Probleme erfolgen.

Die Gewerkschaften haben seit der schon durch die Ent-
scheidung der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen
den Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft erfolgreich be-
schritten. Denn durch den Tarifvertrag ist der Absolutismus
des Unternehmers im Betriebe gebrochen worden. Die Tarif-
verträge müssen durch den Kampf der Gewerkschaften in dieser
Richtung weiter vervollkommen und verbessert werden.

Der Kongreß ruft deshalb die gesamte Arbeiterkraft Deutsch-
lands auf, durch Stärkung der Gewerkschaften die Voraussetzungen
für die weitere Durchführung der Wirtschaftsdemokratie zu
schaffen. Er verpflichtet die angeschlossenen Gewerkschafts-
verbände, ihre zentralen, bezirklichen und örtlichen Organe und alle
Mitglieder zu intensiver wirtschafts- und sozialpolitischer Tätig-
keit in allen in Betracht kommenden Körperschaften des Reiches,
der Länder und der Gemeinden; zu energischer Förderung der
Arbeitertätigkeiten und der konjunktionswirtschaftlichen
Eigenproduktion sowie aller freien, der Kontrolle der organi-
sierten Arbeiterkraft unterstehenden gemeinwirtschaftlich arbei-
tenden Erwerbswirtschaften; zu planmäßiger Weiterentwicklung
der gewerkschaftlichen Bildungsanstalten, deren Zweck die
intellektuelle Vorbereitung der Arbeiterkraft für die kommende
Wirtschaftsdemokratie ist.

Der Kongreß fordert vom Reich, von den Ländern und
den Gemeinden:

1. Rolle Durchführung der Anerkennung der Gewerk-
schaften, die als Sachwalter der Arbeitskraft innerhalb der
Wirtschaft gleichberechtigt mit den Unternehmern an dem Wirt-
schafts- und der Wirtschaftsführung entsprechend dem
Wortlaut und Geist des Artikels 165 der Reichsverfassung zu
beteiligen sind.

2. Schnelle Umgestaltung des vorläufigen Reichswirt-
schaftsrats zu einem wirklichen und organisch aufgebauten Wirt-
schaftsparlament; schnelle Errichtung von Bezirkswirtschafts-
räten entsprechend dem Art. 165 der Reichsverfassung.

3. Schnelle Errichtung paritätisch von Unternehmern und
Arbeitern verwalteter Wirtschaftskammern für Industrie, Han-
del und Verkehr, Handwerk und Landwirtschaft.

4. Errichtung von Selbstverwaltungskörpern nach Art. 136
der Reichsverfassung für alle Industrien mit zweckmäßiger Gli-
ederung nach Bezirken und Branchen.

5. Einführung einer regelmäßig durchzuführenden Probu-
tionsstatistik sowie wissenschaftlicher Untersuchungen der Wirt-
schaft und ihrer Zusammenhänge, insbesondere auch über die
Ursachen der Wirtschaftskrise. Die Gewerkschaften sind an diesen
Aufgaben zu beteiligen.

6. Ermöglichung der Teilnahme von Arbeitern an höheren
Bildungsanstalten zum Zwecke der Vermittlung der Wirtschafts-
wissenschaft in Theorie und Praxis. Subventionierung der
von den Gewerkschaften geführten Bildungsanstalten.

7. Erhaltung und Wahrung der im Geiste von Reich, Län-
dern und Gemeinden befindlichen Wirtschaftsbetriebe; systema-
tische Steigerung der Versorgung der Bevölkerung in wichtigen
Bedarfsartikeln mit Hilfe solcher öffentlichen, gemeinwirtschaft-
lich arbeitenden Betriebe.

8. Förderung und Unterstützung freier, auf dem Prinzip
der Selbstverwaltung aufgebauter gemeinwirtschaftlich arbei-
tender Erwerbswirtschaften.

9. Planmäßige Unterstützung der Konjunktionswirtschaften,
insbesondere durch Förderung konjunktionswirtschaftlicher Eigen-
produktion.

10. Eine unter Mitwirkung der Gewerkschaften planmäßig
durchgeführte Schulung und Unterrichtung aller Arbeiter und
Arbeiterinnen der Betriebe, besonders der Betriebsräte, über
Organisation und Technik der einzelnen Betriebsabteilungen
und über die Zusammenhänge der Abteilungen eines Betriebes
untereinander, über den Zusammenhang der Betriebe in Konzern-
gebilden und über die besonderen Aufgaben der einzelnen Be-
triebe im Rahmen des Konzerns, über etwa bestehende Ver-
bindungen und Zusammenhänge des Konzerns mit anderen
Konzernen und über deren Zweck und Nutzen, über Konventio-
nen, Kartelle, Syndikate oder ähnliche Gebilde, ihren Zweck und
Inhalt und ihr Wirken.

11. Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebs-
räte.

Indem der Kongreß diese Forderungen erhebt, betont er
ausdrücklich, daß die von der Verfassung versprochene gerechte
Wirtschaftsordnung und die verheißene Mitwirkung der Arbeiter
und Angehörten an der Wirtschaftsführung eine grundsätzliche
Reorganisation der Wirtschaftsordnung voraussetzt, welche die in
der kapitalistischen Wirtschaft in viele Einzelwirtschaften
zerfallenden Wirtschaftskräfte einheitlich zusammenfaßt und damit
eine Wirtschaftsführung in dem von den Gewerkschaften er-
strebten Sinne überhaupt erst ermöglicht.

Der Kongreß erklärt, daß die Führung der deutschen Ar-
beiterkraft in allen Fragen der Wirtschaft bei den gewerkschaft-

lichen Organisationen liegen muß. Der Kongreß ist das Ge-
meinschaftsorgan der deutschen Gewerkschaften, dem die einheit-
liche Vertretung der Gesamtinteressen der Arbeiterkraft obliegt,
gleichbedeutend sind mit den Interessen des großen Teiles
deutschen Volkes.

Der Kongreß ruft die Arbeiterkraft auf zum Kampf um
Demokratisierung der Wirtschaft, die zur Gemeinwirtschaft
führt werden muß, zur praktischen Mitwirkung an den Aus-
scheiden demokratischer Staats- und der demokratischen Gemein-
schaft um die Erringung maßgebenden Einflusses auf
Gesetzgebung und Verwaltung im Zusammenwirken mit
politischen Vertretung der deutschen Arbeiterklasse. Die politi-
sche und die wirtschaftliche Freiheit sind die Voraussetzung für
Entfaltung der kulturellen Kräfte der Arbeiterkraft.

b) Entschließung zur Frage der Berufskammern und des
Reichswirtschaftsrates.

Der 12. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands stellt
fest, daß die Reichsregierung seit der Verabschiedung des Ver-
trages keinesfalls weitere Ausführungsgehalte zum Artikel
der Reichsverfassung den gesetzgebenden Körperschaften zu-
gelegt hat. Sechs Jahre sind nunmehr vergangen, ohne daß
der Arbeiterkraft gegebene Aufgabe einer gleichberechtigten Mit-
wirkung an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen
sowie an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der produkti-
vkräfte verwirklicht wurde.

Etwahl die bestehenden Handwerks-, Industrie-,
Handelskammern sowie die Landwirtschaftskammern die Auf-
gaben, an der Entwicklung der volkswirtschaftlichen Kräfte zu
arbeiten, wird der Arbeiterkraft die nach Sinn und Wort-
laut der Verfassung festgelegte gleichberechtigte Mitwirkung
diesen Kammern vorenthalten. Diese Nichtachtung der durch
das Reichsgrundgesetz der deutschen Arbeiterkraft verbürg-
ten Rechte ist um so schwerwiegender, als der Verfassungsausschuß
des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates bereits im Januar 1923
Vorschläge für die Umgestaltung der bestehenden amtlichen Ver-
tretungen (Industrie- und Handelskammern, Landwirtschafts-
kammern) aufgestellt hat.

Dem Widerstand und dem Vordringen der Unternehmer
gegen, hat die Reichsregierung ihre vorbereitenden Geset-
ze über die Umgestaltung der amtlichen Berufsvertretungen
zurückgestellt. Nach wie vor ist daher in diesen Körperschaften
das Unternehmertum allein seinen Einfluß auf die Ministerien
der Länder und des Reiches aus.

Der Kongreß erhebt schärfsten Protest gegen diese einseitig
gerichtete Zusammenarbeit der Berufskammern und der Län-
der sowie gegen die weitere Verschiebung des bereits in
Ländern zur Stellungnahme vorgelegten Entwurfs über die
Vertretung von Industrie und Handel.

Der Kongreß erhebt weiterhin Einspruch dagegen, daß die
Reichs-Handwerksordnung den Ländern und den Vertretungen
des Handwerks zugegangen ist, ohne daß die Arbeiterkraft
gleichfalls Gelegenheit hatte, zu diesem Entwurf Stellung zu
nehmen.

Der Kongreß wiederholt die bereits durch den Leipziger Kon-
greß im Jahre 1922 erhobene Forderung nach paritätischer
Umgestaltung der bestehenden amtlichen Berufsvertretungen.

Der seit Juli 1920 von der Reichsregierung eingesetzte Vor-
läufige Reichswirtschaftsrat kann als eine Erfüllung der in der
Artikel 165 gegebenen Aufgaben an die Arbeiterkraft nicht an-
gesehen werden. Mit der Unarbeitnahme von Zeitfaktoren über den
Unterbau und Aufbau des Endgültigen Reichswirtschaftsrates
wurde keine Aufgabe erfüllt. Anstatt auf Grund dieser Ver-
sätze die erforderlichen Gesetzentwürfe dem Reichstag vorzulegen,
hat die Regierung unter dem Vorwand der Sparnotwendigkeiten
den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat noch teilweise abgebaut
und in seiner Selbstbestimmung entrechtet. Der Kongreß erhebt
einstimmigen Protest gegen diesen unwürdigen Zustand und ver-
langt, daß das Gesetz über den Endgültigen Reichswirtschafts-
rat endlich fertiggestellt wird. Er erklärt, daß er von dem Gesetz
die Erfüllung folgender Forderungen erwartet:

1. Die Stellung des Reichswirtschaftsrates als oberster Ver-
sammlung der deutschen Wirtschaftslage ist gegenüber der
bisherigen Stellung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates zu
heben und zu stärken dadurch, daß ihm die grundsätzlichen Ge-
setzentwürfe vor der endgültigen Entscheidung der Reichsregierung
zur Begutachtung vorgelegt werden. Nur eine frühzeitige Be-
teiligung des Reichswirtschaftsrates vermag seine Arbeiten frucht-
bar zu machen und das Anhören einzelner Interessengruppen
seitens der Reichsregierung auszuhalten. Dem Reichswirt-
schaftsrat ist dabei für seine Stellungnahme eine ausreichende
Frist zu gewähren. Die Gutachten des Reichswirtschaftsrates
sind dem Reichstag und Reichsrat rechtzeitig vor Beginn ihrer
Beratungen zugänglich zu machen. Auf Verlangen ist dem
Reichswirtschaftsrat die Möglichkeit zu geben, seine Gutachten
vor den gesetzgebenden Körperschaften mündlich zu vertreten.

Das rheinische Porzellan im Spiegel der Jahrtausend-Ausstellung der Rheinlande 1925.

Von Marie Schleich, Nied am Main.

Nicht nur in den vielstimmigen, mächtigen Kathedralen des
Mittelalters mit ihren reichen Farben Lebensvoll bewegten
Innenbildern hat der Geist des Rheinischen in der
Kunst seinen höchsten Triumph gefeiert: Er hinterließ uns auch
einen glänzenden Niederschlag in den berühmten rheinischen
Porzellanen der Kolossalzeit. Die zwei bedeutendsten Man-
ufakturanten befanden sich in Höchst am Main und Aachenthal in
der Rheinpfalz. Die Höchst Porzellanfabrik, gegründet 1716
von Aachener Unternehmern, wurde 1765 eine Aktiengesell-
schaft unter dem Vorherrschaft des Aachener Gewerkschafts-
Freiherden zu Barthelemy und blieb im Besitz der Mainzer
Fürstlichen bis zu ihrer Stilllegung 1788. Auch alle anderen
Porzellan-Manufakturen wurden nur von wirtschaftlichen Betrieben
unterhalten, denn in geschäftlicher Hinsicht waren sie samt und
sonders unrentabel und keine konnte sich finanziell selber tragen.
Solche wirtschaftlichen Rückschlüsse erreichte das Höchst Porzellan
in der Pfalz, dem figuralen Gefallen, welches unter
Peter Weiskopf bekannt wurde. Besonders anziehend und
seine lebenswichtigen Eigenschaften, naturwissenschaftlichen Änderungen,
in denen er die kleinen Aachen und Leiden der Hindernisse
gehabt hat. Darunter ist etwas ganz Abstriches: der Vor-
zug des Höchst, der einen ihm beistehenden wackelnden Knaben mit solch
lebendigem Ausdruck in dem jörnigen Stoppelbartgesicht und
einem stolzen, angriffsbereiten Hornentwurf zeigt, der
als ein Wesen ohne fülliges Schmelz von dem Kunstwerk wegschaut.
Und noch ein reizendes Engelschen mit Rosenständer und Zier-
menten, das eine himmlische Krönung dirigiert, drängt zu
einer Betrachtung. Die grasigen Sauer- und Liebes-
gruppen sind eine einzige frohe Lebensbeziehung, lachende
Jugendzeit jedes einzelne Kalligraph der wackelnden Kolossal-
wunder. Die Dürckungen ebenfalls bis ins kleinste vollendet
ausgeführt — aber für mich persönlich war mir der Kölner Aus-
stellung das Schönste eine — Suppenterrine, ein plastisch unde-
finitives kleines Stück, dessen Defekt aus sich zu einer wahren
Kunstgegenstande verdrängt hat. Ein kleiner, schneeweißer
Schalenloß, um den sich in matt- und dunkelgrün gefärbten
Schichten ballert, noch mit Blütenrändern, und vollstän-
dige Geben, latente kleine Karotten und ganzschwarze
Kerle gezeichnet. Unwillkürlich suchte man nach den anderen
Stücken dieses herrlichen Erfinders, aber leider fehlte hier nur

dieses einzige. Eine solche, dem geheimnisvoll innersten Gestalten
der körperlichen Natur abgelauschte Treue und meisterliche
Formung in unachahmlichen Farben. Nicht satt sehen kann
man sich daran!

Während nun in Köln zwischen dem ebenfalls dort ausge-
stellten Aachener Porzellan nur eine relativ kleine
Anzahl Stücke des Höchst Porzellans zu sehen war, ist in Mainz
ein solches Museum, eine Prachtansammlung von hundert
von Stücken aufgebaut. Daran mag wohl nicht zuletzt der Um-
stand fördernd gewesen sein, daß in Mainz selber und in der
Umgebung des Ursprungsortes Höchst die meiste meiste Aus-
stellungsobjekte als Familien-Erbsünde, auf kleinem Raum kon-
zentriert, beisammengeblieben sind. Diese Mainzer Porzellan-
fabrik von überwältigender Schönheit des Materials, an Mannig-
faltigkeit an Gebraucht und eine einzige, blühende Farbeninsonie.
Der glänzende Zeitgeist des Rokoko steht lebhaftig vor einem
auf, tänzelt frei-graziös in seinen gepuderten Knickchen-Schalen
und Meißel-Damen mit hohen Stiefelhöhen umher und flirrt
in üppigen Liebeslauben bei bacchantischen Mahlen. Eine Welt
von Empfindungen drängt auf mich ein, die ich wahrhaftig nicht
ohne ein Schmelzen der Tränen kann, denn sie sind Feuer
und Wasser zugleich. Diese stoffliche Auswirkung einer un-
erwarteten Zerstreuung in einem so spärlichen Material, wie
das Porzellan, die selbst auch einfachen Laien ohne jede Spur
künstlerischer Vorbildung bis ins Innerste erfüllt und sein
Wundermag nur an ihnen läßt; demgegenüber aber die immer
wiederkehrende heimliche Frage: Wer ermöglichte dieser
Kunstwerke diesen unerhörten, bis zur Orgie getriebenen
Schmerz? Doch niemand anders als das verfluchte niedere
Wohl, die Ausbeute ihrer Zeit! Wer auch brachte diese
unerschöpflichen Summen an, die damals schon in so einem
kleinen, wenn auch an sich wunderbarer, aber doch gänzlich un-
produktiven Vor- und Angelegenheit investiert waren? Denn mit Por-
zellan wurden damals Kriegsanleihen gemacht, Kriegsschulden
bezahlt, Wirtshäuser und Postenbeverbrungen „ausgeschüttet“ ge-
macht u. a. m. Wie heute um moderne Aktien, Kupon und Obliga-
tionen, so wurde damals mit Porzellan gehandelt, getauscht und
— geliehen! Friedrich der Große führte oft wochenlang
Korrespondenzen zur Gestaltung, Größe und Bemalung eines
einigen Stückes und so noch viele andere „Größen“ seiner Zeit.
Weißer ungezügelter Fingerring Mittelpunkt und realer Kern ga-
lante Abenteuer mag manches dieser glänzenden figuralen Ge-
wesen sein, die da so weiß und harmlos herkommen! Ein unge-
heurer, nicht abzuschätzender Kunst- und Sammlerwert ist hier
auf engstem Raum in kunsthistorisch-feinstem Verständnis zu-
sammengestellt, wie er wohl so leicht nicht wieder in dieser blü-
henden Halle zu sehen sein wird. Das kulturhistorisch bedeut-

samste Stück aber ist nach meinem Empfinden jene parabolische
Brunnarne, die einen Ausschnitt aus dem Leben einer „hohen“
Dame darstellt: Auf dem vergoldeten Louis-Quartiergestühl sitzt
sie und läßt sich fristieren. Das wäre ja nun an und für sich
nichts Besonderes, denn das lassen sich unsere heutigen „Ab-
bilde“ ja auch. Aber der Haarausbau vorgenannter feiner
Dame hat eine derartige Höhe erreicht, daß der Friseur eine
— Leiter dazu anstellen mußte! Zwei gleich elegante „Kaval-
liere“ werden von der Friseurangelegenheit ebenfalls voll auf in
Anspruch genommen: Der eine, annehmend der legitime Ge-
mahl, deutet mit dem Finger kritisch in die Höhe; annehmend
ist ihm der Haarausbau zu hoch oder auch noch nicht hoch genug,
während der andere, annehmend der legitime Hausfreund,
die Friseur durch ein steil aufrechtstehendes — Fernrohr be-
gucktet! An der Seite aber krümmt sich ein buntpintierter
Hauswurst oder Hofnarr, hält sich den Bauch und — lacht sich
kaputt! Lachend steht ein jeder vor dieser Gruppe, aber dem
Nachdenklichen, der nur ein klein wenig in der Geschichte
schweifen weiß, wird dieses Lachen langsam zur Grimasse! Da
wird sie ihm nämlich greifbar gegenwärtig, die wahnsinnige Ver-
schwundensucht und der unerhörte Luxus der höflichen Kreise
und des Abels der Rokokozeit, die ihr ganzes Leben nur in raffi-
niertem Genuß, in unfruchtbarstem Drogenmurm vergenken!
Verpraktet auf Kosten einer ausgekauften, verflachten Bauern-
kraft und welche Zustände dann auf ihrem Höhepunkt der über-
laufende Tropfen, das schreckliche Signal zu der nachfolgenden
furchtbaren französischen Revolution wurden...

Anderer Länder, andere Sitten. In einer Vorstadt von
Kopenhagen feierte vor einigen Tagen die sozialdemokratische
Jugendorganisation ihr Stifterfest. Der Vorherrscher, der
zurzeit als gewöhnlicher Soldat eine militärische Übung mit-
macht, war in Soldatenuniform und gab in seiner Begrüßungs-
ansprache gegenüber dem ebenfalls anwesenden sozialistischen
Landesverteidigungsminister der Hebungung Ausdruck, daß
Minister und Soldat darin einig seien, den Militarismus zu
bekämpfen und auf Abrüstung hinzuwirken.

Der Minister stimmte diesen Ausführungen zu und be-
zeichnete es als das Zeichen einer neuen Zeit, daß ein einfacher
Soldat den obersten Chef des Heeres bei einer Versammlung be-
grüße, die auf Abschaffung des Heeres hinwirkt. Der Minister
fügte hinzu: Nun reichen sich Minister und gemeiner Soldat die
Hand und geloben, gemeinsam zu wirken gegen den Militarismus
und für Frieden und Volkswirtschaft.

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß dieser Vorgang
auf die Versammlungsteilnehmer einen tiefen Eindruck machte.

In den Fällen der Kläger unter 2 bis 4 ist das Gericht der Ansicht, daß der Arbeitgeber auf Grund des Arbeitsvertrages nicht nur den Arbeitnehmern einen angemessenen Ort zur Aufbewahrung ihrer Kleider, deren sie sich zur Aufnahme der Arbeit entledigen müssen, zur Verfügung zu stellen hat, sondern daß die Gelegenheit zur Unterbringung der Garderobe auch so zu beschaffen ist, daß die Arbeitnehmer nach Möglichkeit gegen Einbruch geschützt sind. Dazu ist nötig, daß der Kleiderraum unter Verschluss und Aufsicht gehalten wird, daß andere Personen als die Arbeiter und Aufsichtsbeamten nicht hinzutreten können. In Betrieben von der Größe des Betriebes der Beklagten, wo die Arbeiter untereinander sich mehr oder weniger niederlassen können, wird es ferner der ständigen Anwesenheit besonderer Aufsichtspersonen bedürfen, die zumal bei Zutritt einzelner Arbeiter Obacht zu geben hätten. Unstreitig war der Verstoß der Beklagten gegen die Pflichten der Arbeitgeberin einer größeren Anzahl Arbeitskollegen ihre Kleider verwahren zu lassen, um dem Tage, wo der angebliche Verlust des Geldes eintrat, nicht ordnungsmäßig geschossen, so daß Dritten die Möglichkeit des Eintritts offen stand. Damit hat die Beklagte die ihr obliegende Bewachungspflicht gegenüber den Klägern unter 2 bis 4 verletzt und haftet schon aus diesem Grunde für erweisliche Abhandenkommen der in den Kleidergeschüften der Kläger verwahrten Geldbeträge, die das Maß dessen, was der Arbeitnehmer üblicherweise bei sich tragen, nicht übersteigen. Es ist daher der Ansicht des Gerichts, daß den Klägern unter 2 bis 4 eine andere Aufbewahrungsmöglichkeit für ihr Geld zur Verfügung gestanden hätte, die die Beklagte seinen Beweis anstreift.

Aus unserem Bernf.

Bahrenth. Die Differenzen der Dreher und Kapseldreher bei der Firma S. B. Meyer sind noch nicht beigelegt. Vor Zug wird gewarnt.

Dresden und Umgegend. Wegen fortgesetzter Mißachtung der tariflichen Bestimmungen müssen wir unsere Kollegen im Reich dringend warnen, eventuellen Arbeitergeklagen der Firma Stachardt & Schmidt-Gedert in Weissen Rechnung zu tragen. In letzter Zeit hat die Firma sogar weibliche Arbeitskräfte von auswärtig herangezogen. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß bei den wirtschaftlichen Verhältnissen Sachsen eine von auswärts kommende Kollegin in Weissen existieren könnte. Weibliche Arbeitskräfte gibt es übrigens hier in solcher Fülle, daß, wenn nur einigermaßen ein auskömmlicher Lohn gezahlt würde, die Firma St. & Sch.-G. solche in großer Zahl erhalten könnte. In der Bezahlung hapert es aber gerade. Die Anfertigung der Ware soll bei dieser Firma nichts kosten. Ein leicht eingetretener Betriebsleiter wollte es zur Abwechslung einmal mit Thüringen versuchen. Leider ist ein Dreher von Weiningen, dem früheren Wirkungskreis des neuen Herrn, den Lockungen gefolgt. Heute merkt er nun schon, gleich seinen Mitarbeiter, daß die Verdienstmöglichkeiten völlig unzureichend sind. Darum, wer nach Weissen geht, tut dies auf eigene Gefahr und Verantwortung. Wir warnen! In der nächsten Nummer der „Ameise“ werden wir uns weiter über die Firma St. & Sch.-G. auslassen.

Schorndorf (Thür.). Immer und immer wieder müssen wir uns an die Öffentlichkeit wenden, um unsere Klagen, unser Leid kund zu tun. Fast sind es Erscheinungen des Feuilletpapierstums, die uns bedrücken. Das Alfordbier hat eine Auswirkung angenommen, die schlechterdings nicht mehr zu steigern ist. Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter, Rücksicht auf den Sträßerfall der Arbeitsbienen wird nicht genommen. Profit, Profit, dreimal geheiligter Profit ist die Parole von oben herunter und unter dieser Profitglocke leiden die Arbeiter und Arbeiterinnen unheimlich. Kommt man heute in einen proletarischen Haushalt hinein, dann kann man das Elend sehen, welches sich von Tag zu Tag vergrößert. Nicht nur allein die Unterernährung, auch die gesundheitlichen Verhältnisse haben einen erschreckenden ungünstigen Umfang angenommen, daß man an dieser Generation verzweifeln kann. Und wie sollen erst die Kinder erstarben, wenn am grünen Holz die Berufskrankheiten so stark haften. Die Porzellanfabrik sieht diesen Zustand auch, aber irgend etwas tun oder gar Geld zur Beseitigung dieser Schäden anzugeben, zu soviel Menschenliebe können sich die maßgebenden Faktoren nicht aufraffen. Noch nicht einmal einen Zuschuß zum Krankengeld gewährt man, trotzdem es dann ja an sich meist zu spät ist, wenn erst ein Porzellaner sich krank meldet, ist es immer zu spät für ihn. Die Widerstandskraft der Belegschaft wird immer mehr durch das Ausbeutungssystem gebrochen. Gibt es doch Kollegen, die nur noch kranken können; sie scheuen sich aber, der Krankenkasse zur Last zu fallen, weil mit dem Krankengeld kein Auskommen ist. So vegetiert die Belegschaft jahrein und jahraus dahin. Die große Reinigung im Vorjahr hatte bezweckt, die sogenannten unruhigen Elemente zu entlassen, damit die Ausbeutungswut einen ungehinderten Fortgang nehmen kann. Und so kam bei der großen Reinigung mancher lieber Kollege in einen anderen Berufszweig hinein, dessen Anforderungen er nicht gewachsen ist. Auch der Kollege H. A. r. t. e. l. t., einer der vielen, die jahrelang Ausbeutungsobjekte unbekannter Drogen — genannt Aktionäre — waren, gehört zu den unmittelbaren Opfern der Porzellanfabrik. Nach langer, langer Erwerbslosigkeit stürzte er am vierten Tag seiner neuen Beschäftigung vom Baugerüst. Er als alter Mann mußte in seinen alten Tagen eine ungewohnte Arbeit machen, nur weil er in seinem Lebensabend kein Ausbeutungsobjekt für die notleidenden Aktionäre mehr abgab. Unwillkürlich steigt uns eine Vision des Alten Testaments auf, wo der jüdische König David auch einen Mann bewußt und mit Ueberlegung in den sicheren Tod schickte. Das deutsche Strafgesetzbuch ist ja auf solche Dinge nicht zugeschnitten, und es gehört mit zu den Produktionsmethoden, auf andere Weise Rücksicht zu nehmen. Ein einzelner Fall, aber mehr oder minder starke Auswirkungen haben alle Fälle der Entlassungen auf sich. Einzelheiten aus dem Betrieb anzuführen, bedingte die Finanzprüfung der ganzen „Ameise“, und so müssen wir uns auf eine

Woher kommt es denn aber, daß ihr, die ihr unsere Ideen teilt, unsere Ansichten und Bestrebungen mit eurer Sympathie begleitet, daß ihr noch nicht eingezogene Mitglieder seid? Ich kenne den altbekannten Grund dieser Erscheinung wohl! Man klatscht Beifall, sympathisiert, aber man läßt gewahren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung teilzunehmen, die andere mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich frage aber euch: Ist das ein männliches, ist das eines Arbeiters würdiges Benehmen? — Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Schmarotzer, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da ernten will, wo er nicht gesät hat? Euch also, die ihr nicht von fremder Arbeit leben wollt und da ernten, wo ihr nicht gesät, euch, die ihr mit eurem Beifall und Affirmation begleitet, euch ermahne ich zur Scham! Herd. Laßalle.

Kurze Schilderung im allgemeinen beschränkt. Für die Belegschaft aber gilt nach wie vor das Motto unseres Verbandes: „Immer streben wir nach dem Besten“, und wenn jeder im Betrieb dieses Wort beherzigt, wenn jeder sich in die Reihen seiner Arbeitsbrüder und -Schwestern stellt, wenn jeder einzelne mit seiner ganzen Person den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufnimmt, wenn die unerbittliche Kritik am Verband und seiner Funktionäre aufhört und statt dessen die Kritik an den Betriebsverhältnissen, die einzeln und allein an allem schuld sind, einsetzt, dann wird es auch für uns Porzellaner besser. In diesem Sinne: „Auf zu erster Arbeit, klar den Feind erkannt und Schulter an Schulter mit allen Verbündeten verbunden in den Kampf!“

Ennailenaler! Kollegen, die event. bei der Firma Hagenbach in Kuppenheim b. Rastatt in Arbeit treten wollen, tun in ihrem eigenen Interesse gut, bei der Rastatter Porzellanfabrik einzutreten. Die betr. Firma gibt schöne Verdienste ab, und wenn Kollegen am Rastatter, stellen sich die Enttäuschungen ein.

Porzellanarbeiterverband Karlsruhe. Nehau. Unser Kollege Wilhelm Wiggall konnte am 17. September auf eine 25jährige Verbandzugehörigkeit zurückblicken. Wer die Verhältnisse von früher kennt, kann begreifen, daß es nicht leicht war, trotz Schilke, dem Verband die Treue zu halten. Die Rastatter Porzellanfabrik entbietet auf diesem Wege unserem Jubilär die herzlichsten Glückwünsche und hofft, daß er auch weiterhin dem Verband seine Kraft zur Verfügung stellt.

Waldburg und Umgegend. Am 11. Oktober beging der Dreherkollege Paul Krause sein 25jähriges Mitgliedsjubiläum. Die Rastatter Waldburg und Umgegend bringt ihm unter Anerkennung seiner bisherigen treuen Mitarbeiterschaft und Ausopferung für die Organisation auch an dieser Stelle nochmals die herzlichsten Glückwünsche dar. Möge es dem Kollegen Krause vergönnt sein, noch recht lange in unserer Mitte an den Geschicken der Rastatter teilzunehmen.

Die Verwaltung der Rastatter Waldburg u. Umg. Weiden. Am Donnerstag, den 15. Oktober, feierte unser Freund und Geschäftsführer Paul Herzer, Weiden, sein 25jähriges Mitgliedsjubiläum im Porzellanarbeiterverband. Reich an Erfahrungen und Witternissen, hat unser Kollege als aufrechter Mann und Familienvater allen Schicksalschlägen standgehalten. Aus seiner politischen und gewerkschaftlichen Anschauung im sozialistischen Sinne hat Herzer nie ein Geht gemacht. Immer hat er in den vorbersten Reihen gekämpft. Ebenso pflichtgetreu ist er seiner Pflicht als Beamter nachgekommen und hat sich weit über die Kreise seiner Kollegen hinaus Achtung zu verschaffen gewußt. Wir wünschen unserem Kollegen Herzer noch lange Jahre der Gesundheit mit der Versicherung, daß wir ihm als treue Kolleginnen und Kollegen zur Seite stehen.

Eine Anzahl Kolleginnen und Kollegen der Rastatter Weiden.

Versammlungsberichte.

Schorndorf. Am 1. Oktober fand unsere Rastatter Versammlung statt, in der Kollege Dromann, Mannheim, als Delegierter der Generalversammlung Bericht über dieselbe erstattete. In längeren Ausführungen schilderte er den Verlauf der Verhandlungen. Den Ausführungen des Kollegen Dromann

entsprechend konnte festgestellt werden, daß die Verzeichnungsfrage sowie das Tarifwesen (nicht auch das Beitragswesen D. Med.) die Hauptpunkte der Generalversammlung darstellten. In der darauffolgenden lebhaften Diskussion über den Vorschlag, welche in sachlichem Rahmen gehalten war, kam allgemein zum Ausdruck, daß an den Hauptvorstand unbedingt das Bestehen gestellt wird, eine Verzeichnung mit dem Vorgehensbündel in nächster Nähe herbeizuführen, um die Organisation in Zukunft schlagkräftiger zu gestalten. Die Verzeichnung ist sich darin einig, daß, wenn die Verzeichnung zustande kommt auch im Tarifwesen eine Besserung zugunsten der Arbeiterschaft erzielt werden kann. Mit Bedauern wird festgestellt, daß der Antrag des Kollegen Dromann auf Revidierung des letzten Lohnabkommens nicht stattgegeben wurde.

Literarisches.

„Lachen links“. Die soeben erschienene Nr. 41 des republikanischen Wochenblattes „Lachen links“ ist wieder, wie alle vorhergehenden Hefte, von höchster politischer Aktualität. Jede Nummer kostet 20 Pf. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Volksbuchhandlungen.

Die „Illustrierte Reichsbannerzeitung“, dieses einzige, bewußt republikanisch geleitete illustrierte Blatt bringt in seiner soeben erschienenen Nr. 41 in Schrift und Bild wieder eine Fülle des interessantesten Stoffes. Die „I. R.-Z.“ ist in jeder Buchhandlung, durch die Post und bei den Ortsgruppen des Reichsbanners zum Preise von 20 Pf. zu beziehen.

„Die Frauenwelt“, das vielgelesene, illustrierte Blatt der schaffenden Frau kann jetzt jede Leserin ein Jahr lang gratis bekommen, wenn sie zehn neue Abonnentinnen wirbt. Das Heft 21 der „Frauenwelt“ ist soeben erschienen. Jedes Heft der „Frauenwelt“ kostet 30 Pf. Mit Schnittmusterbogen 10 Pf. mehr. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten.

Warnung!

Die bisherigen Mitglieder: Nr. 128 933, Friedrich Steig, und Nr. 128 935, Ernst Hermes, sind in unserer Rastatter wegen Hesse gestrichen worden; sie versuchen trotzdem, mit ihren bisherigen Mitgliedskarten in anderen Rastatter freiwilligen Unterstützungen zu erhalten. Wir bitten nun die Kollegen, diesen beiden Leuten die Mitgliedsbücher abzunehmen und ihnen jede Unterstützung zu verweigern.

Rastatter Coburg. S. A.: Ernst Dalibor, Geschäftsführer.

Adressenänderungen.

Coburg. Rastatter Coburg hat jetzt Telefon Nr. 763, Rastatter. Der Kassierer Joh. Wöbner wohnt jetzt Rastatter am Main, Altenauerstraße, Ecke Massenheimerstraße.

Reben. Kass.: Hans Kraus, Maler, Reben, Bahnhofstr. 23.

Anruf!

Unser Kollege Hermann Bank, Rastatter, ist seit einem halben Jahr invalide. Die Rastatter hat ihm, seitdem er von den Rastatter ausgesteuert ist, dauernd unterstützt. Wir treten nun mit der Bitte an die anderen Rastatter im Reich heran, um eine kleine Unterstützung für den Kollegen Bank zu erlangen. Gelber sind zu senden an Paul Wengisch, Driesen, Hinterstr. 29. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Berichtigung.

In der Quittung in der letzten Nummer der „Ameise“ an Stadtlengsfeld muß es statt Rastatter Vordamm heißen.

† Sterbetafel †

Coburg. Johann Weib, Gießer, geboren am 9. 2. 1857, gestorben an Malaria. Organisiert seit 1919.

Rastatter. Friedrich Röhner, Gießer, geboren am 4. 4. 1849, gestorben infolge Freitod. Organisiert seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!



Gold u. Silber

und alle in der Porzellanmalerei vorkommenden Abfälle laufen zu Tagespreisen

Otto & Hellmut Seifert, Gold-Schneideanstalt, Zwidau i. Sa.

Alle goldhaltigen Rückstände werden angekauft und (189/42) das Gramm Feingold mit 2,78 Mk. bezahlt. Eingehende Sendungen werden auf das prompteste erledigt. Martin Kaufmann, Zwidau i. Sa., Werbaerstr. 25. Fernruf 610. Gegr. 1906.

Gold-Schneideanstalt Willy Ortleb

Telephon Nr. 112 Kahla (Thür.) Salz-Straße 17

Ankauf von allen Goldabfällen, speziell Goldschalen u. -Lappen. — Allerhöchste Preise. — Sofortige Kasse. — Postsendungen werden innerhalb 2 Tagen erledigt und für 1 gr gute Goldschale, je nach Qualität bis 175. 1,70 bezahlt. 271/42.

Emil Böhm, Eisenberg i. Thür.
Gold-Schneideanstalt Gegründet 1891
kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle
Bestes Einkaufsgeschäft dieser Art

Goldabfälle jeder Art

wie Lappen, Schmiere, Fische, gebranntes Gold, Flaschen usw. werden bei guten Preisen gekauft. Flüssige Glanzgold- und Poliergold-Originalflaschen werden gekauft und dafür hohe Preise bezahlt.

H. Langhammer, Goldschneidegeschäft, Wilhelm i. Sachsen.

Tätiger Schleifer für Porzellan-Geschirr sucht sich zu verändern. Wohnung erwünscht. Offerten unter „A. 184“ an die Geschäftsstelle „Die Ameise“.

Tätiger Schleifer und Zugmischer

ledig. für sofort gesucht. Angebot mit Zeugnissen ersetzen unter „300“ an die Expedition d. Bl.

Tätiger Schleifer, ledig, 30 Jahre alt, mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, sucht seine Stellung zu verändern. Gef. Zuschriften unter „A. 186“ sind an die Geschäftsstelle „Die Ameise“ zu richten.

lediger Dreher, 24 J. alt, firm in allen in der Dreherei vorkommenden Arbeiten, an sehr sauberes Arbeiten gewöhnt, mit guten Zeugnissen, wünscht sich zu verändern. Anschriften unter „A. 187“ an „Die Ameise“ erwünscht.

Goldhaltige

Fische, Lappen, Fische, Flaschen, Schmiere, Materialstände. Schmelze jeden Posten einzeln aus und bezahle das gewonnene Gold nach Güte und Gewicht zu höchsten Preisen. (291/42)

M. Köhler, Joh. H. Müller
Dresden-N., Gerichtsstraße 8 II.
Gegründet 1911.
Reelle Bedienung. Sofort Kasse.

Einige perfekte
Stahlbruderinnen
und
Buntbruderinnen

werden sofort eingestellt. Privatunterkunft vorhanden. (288b)

Sachsenberger Porzellanfabrik
Sachsenberg (Weiler).

Kapseldreher

Wir suchen für unsere Porzellanfabrik für Gebrauchsgeschirr einen tüchtigen, fleißigen

für ovale Platten sowie Viereck-Schüsseln auf Schusschleife zum sofortigen Eintritt. Bewerbungen u. Offerte „298“ an „Die Ameise“.

Terrakottamaler

Lebiger

für seine Figuren (Bronzeimitation) für sofort gesucht. (287b)

Schön & Co.
Rastatterbroda b. Dresden.

Größere Gebrauchsgeschirrfabrik Oberfrankens sucht für sofortigen Eintritt einen tüchtigen erfahrenen

Fondsprüher
Angebote unter 278c an „Die Ameise“ erwünscht.

2 flotte
Schalendreher

zum sofortigen Eintritt gesucht. (297)

Porzellanfabrik Freiwaldau
Kreis Sagan.

Junger, lebiger Steinmetz, 18 Jahre alt, sucht Stellung in einer Stein- oder Porzellanfabrik. Ist firm in Freihandmalerei, Spritzen, Mäandern und Schablonieren. Offerten unter „A. 185“ an „Die Ameise“ erbeten.

Erfahrener Gießer, mit allen vorkommenden Arbeiten der Gießerei bestens vertraut, vermag zielbewußt und umsichtig ein Personal zu leiten, kann ungeheures Personal geschäftlich und beständig anlernen, sucht Stellung als Gießereileiter oder als Aufseher im Hohlgerät. Besitzt auch Brennhaushaltskenntnisse. Angebote sind unter „A. 188“ an „Die Ameise“ zu richten.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Henniger. Charlottenburg I, Brahestr. 2-5. — Verlag: Wilhelm Herber. Charlottenburg I, Brahestr. 2-5.

Druck: E. G. S. an der W. 1, Berlin SO., Schloßbühnen 28/29

Goldschmied, Goldplatten, Fische und Goldflaschen und alle in der Bergolderei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher und reeller Bedienung (207/42)

Oskar Rottmann
Stadtlm in Thüringen.

Flotter
Kapseldreher

für Schalentapeln sofort gesucht. (296b)

Porzellanfabrik Freiwaldau
Kreis Sagan.

lediger

Dreher

für Becher und Schalen findet sofort Beschäftigung in Thüringer Porzellanfabrik.

Angebote unter „290“ an „Die Ameise“ erwünscht.

Geratengegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Henniger. Charlottenburg I, Brahestr. 2-5. — Verlag: Wilhelm Herber. Charlottenburg I, Brahestr. 2-5.

Druck: E. G. S. an der W. 1, Berlin SO., Schloßbühnen 28/29